



SPD-Fraktion Raunheim • D. Herberich – Am Stadtzentrum 5c • 65479 Raunheim

Herr Stadtverordnetenvorsteher
David Rendel
Am Stadtzentrum 1
65479 Raunheim

Fraktionsvorsitzender:
Michael Gluch

Stellvertreter:
Loubna Ouariach
Angelo Pellilli

Kontakt:
dorothee.herberich@gmx.de
06142-44118

Datum:
28.02.2022

Online:

www.raunheimer-spd.de

www.facebook.de/SPDRaunheim

www.instagram.com/Raunheimer_SPD

Antrag aus aktuellem Anlass zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. März: Der Angriffskrieg gegen die Ukraine

Positionierung der Stadt Raunheim zum Angriffskrieg gegen die Ukraine

Beschlussvorschlag:

1. Aus aktuellem Anlass und aufgrund der hohen Gefahr, die von dem Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgeht, befasst sich die Stadtverordnetenversammlung prioritär mit der eingetretenen Lage sowie den ihr zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten in der Sitzung am 17. März.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Resolution:

Der vom russischen Präsidenten Wladimir Putin befohlene Angriffskrieg gegen die Ukraine wird aufs Schärfste verurteilt. Die an verschiedenen Grenzabschnitten erfolgten militärischen Vorstöße sowie die Zerstörung von Infrastruktur im Landesinneren sind in keiner Weise zu rechtfertigen und verstoßen in eklatanter Weise gegen das Völkerrecht. Das erklärte Ziel des russischen Präsidenten, nämlich die Absetzung der regulären, demokratisch gewählten Regierung, die Annexion der Gebiete Donbass und Luhansk sowie die zwangsweise Einbindung des ukrainischen Staates in Kooperationsstrukturen mit der russischen Föderation verstoßen eindeutig gegen internationales Recht und können keinesfalls geduldet werden.

Die Stadt Raunheim ist in großer Sorge um die Menschen in der Ukraine. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Bevölkerung der Stadt Lubny, mit der wir über eine Städtepartnerschaft freundschaftlich verbunden sind.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sind sich darin einig, dass zugunsten der Menschen in Lubny engagiert Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen durch die Stadt Raunheim sowie die gesamte Stadtgesellschaft erbracht werden sollen.

UNSERE STADT. UNSER WEG.

3. Zum Zwecke der Aufnahme von Flüchtlingen aus Lubny aber auch aus anderen Teilen der Ukraine sind geeignete Unterbringungsmöglichkeiten in Raunheim bereitzustellen. Die Stadtgesellschaft ist hierzu durch umfängliche Information und Motivation mit einzubeziehen.
4. Zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. März sind Ukrainerinnen und Ukrainer, die in Raunheim wohnhaft sind, einzuladen und zur Lage in ihrem Land zu hören.
5. Der Bürgermeister der Stadt Lubny ist zur Beratung des betreffenden Tagesordnungspunktes während der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über ein geeignetes Videokonferenzsystem zuzuschalten. Im Austausch über dieses Kommunikationsmittel sind Informationen über die Lage in Lubny sowie besonders dringliche Hilfe-/Unterstützungsleistungen zu erreichen.
6. Nach Beratung mit dem Bürgermeister von Lubny ist schnellstmöglich zu prüfen, in welchem Maße und auf welchen Wegen die von diesem erwünschten Hilfe-/Unterstützungsleistungen zugunsten der Menschen in Lubny erbracht werden können.
7. Der Magistrat wird aufgefordert, über das bestehende internationale Städtenetzwerk mit den Stadtregierungen von Le Teil, Trofarello, Hakusan, Pakruojis, Nantwich sowie Chengdu-Pidu eine Resolution abzustimmen, die in Folge sowohl an Lubny wie auch die Administration in Osjorsk/Russland weiterzuleiten ist.

Begründung:

In dreister und völkerrechtswidriger Weise hat der russische Präsident Wladimir Putin für den 24.02.2022 einen Angriffskrieg gegen die Ukraine befohlen.

Seitdem operieren russische Truppen auf ukrainischem Gebiet, werden Städte beschossen, Infrastruktur zerstört und das ukrainische Volk in Angst und Schrecken versetzt.

Ein solcher Angriff, der sowohl im Hinblick auf seine vermeintliche Legitimation wie auch bezogen auf seine Ziele als barbarischer Rückschritt in die zwischenstaatliche Gewaltpolitik früherer Jahrhunderte anzusehen ist, muss bei der Gemeinschaft der freien Völker weltweit auf Protest und Widerstand stoßen.

Die Stadt Raunheim engagiert sich seit Jahren auf der Ebene einer international ausgerichteten Politik der kommunalen Kooperation. Primäres Ziel war dabei stets die Förderung der Völkerverständigung und die Sicherung des Friedens durch Zusammenarbeit und kulturellen Austausch über Grenzen und Kontinente hinweg.

UNSERE STADT. UNSER WEG.

Nach Auffassung der Raunheimer SPD-Fraktion ist daher eine klare Positionierung und das Angebot von Hilfs- und Unterstützungsleistungen für unsere ukrainische Partnerstadt von hervorgehobener Wichtigkeit.

Zugleich soll das bestehende internationale Städtenetzwerk dafür genutzt werden, die Verachtung gegenüber dem begonnenen Angriffskrieg in großem Schulterschluss auszudrücken.

Der Fraktion ist bewusst, dass Außenpolitik im klassischen Sinne den jeweiligen Regierungen der Staaten vorbehalten ist. Wir sind allerdings der Auffassung, dass ein Engagement der Stadt Raunheim im Zusammenwirken mit anderen Kommunen des Städtenetzwerkes die eingeleiteten Maßnahmen der westlichen Staatengemeinschaft unterstützt und ergänzend abrundet.

Die im internationalen Netzwerk verbundenen kommunalen Partner sollten sich im Bedarfsfall auf einander verlassen können. Das galt für das Erdbeben in Le Teil und das sollte jetzt für die militärisch und in ihrer Freiheit so sehr bedrängte Partnerstadt Lubny in der Ukraine gelten.

Weitere Erläuterungen zu den vorgeschlagenen Beschlusspunkten erfolgen mündlich (auch in der Ältestenratssitzung am 01.03.2022).

Für die SPD-Fraktion

Michael Gluch

UNSERE STADT. UNSER WEG.